№ 327 Abend-Ausgabe
B 161

Berlin

Freitag, 11. Juli 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch. Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 6000—6663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3696—3699. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Deutschlands Teilnahme an der Konferenz

Englische Auffassungen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 11. Juli.

Als die französischen Zeitungen gestern abend in London ankamen, wurde im Unterhause festgestellt, daß der in Frankreich veröffentlichte Text der Vereinbarung zwischen Macdonald und Herriot einen Absatz enthalte, der in dem englischen Text des Communiqués fortgelassen war, und in dem ausdrücklich festgestellt ist, daß irgendeine Abänderung irgendeiner Bestimmung des Friedensvertrages „das Vertrauen zum Völkerbunde und zu den feierlich übernommenen Verpflichtungen erschüttern würde". Lloyd George hat sofort veranlaßt, daß im Namen der liberalen Partei eine Anfrage an den Premierminister gerichtet wird, warum der englischen Oeffentlichkeit diese feierliche und sachlich bedeutsame Festlegung des englischen Verhandlungsführers auf der Pariser Konferenz auf den Buchstaben des Friedens von Versailles vorenthalten worden sei.

Die außerordentlich schwierige parlamentarische Lage, welche in England durch das Ergebnis der Pariser Besprechungen geschaffen ist, wird heute durchaus zutreffend in den Ausführungen des diplomatischen Berichterstatters des „Daily Telegraph" geschildert. Es wäre zwecklos, die Tatsache zu verheimlichen, daß nicht bloß bei der Opposition, sondern sogar in englischen Regierungskreisen die Aufnahme der englisch-französischen Note keineswegs unkritisch ist. Das wird auch in der Debatte am Montag bei der Beratung des Auswärtigen Etats zum Ausdruck treten. Die Kritiker Macdonalds weisen schon jetzt darauf hin, daß die Note an positiven Anregungen arm ist, daß sie charakterisiert wird durch Unklarheiten und Unterlassungen, welche zu neuen Mißverständnissen führen können, daß die Note ferner die Integrität des Dawes-Berichtes verletze und daß ersichtlich der ursprünglich angenommene englische Standpunkt über den Dawes-Plan und den Versailler Vertrag gegenüber der Denkschrift von Macdonald an Italien und Belgien erheblich modifiziert wird.

In politischen Kreisen wendet man denjenigen Vorschlägen besondere Aufmerksamkeit zu, die wahrscheinlich in den Vereinigten Staaten mit besonderer Sorgfalt und Besorgnis geprüft werden. Vom amerikanischen Standpunkt aus betrachtet man den einzigen positiven Vorschlag, daß ein amerikanischer Vertrauensmann, der die Geldgeber aus den nicht alliierten Ländern vertreten und in der Reparationskommission Sitz und Stimme haben soll, wenn ein grober deutscher Verstoß gegen den Dawes-Bericht erörtert werden muß, für wenig glücklich. Es wird darauf hingewiesen, daß die Regierung in Washington unter den gegenwärtigen Umständen auf Grund der amerikanischen Verfassungsbestimmungen daran verhindert ist, einer amerikanischen Vertretung in der Reparationskommission zuzustimmen. Die Alternative, den Generalagenten für die Reparationen, der ein Amerikaner sein soll, als Schiedsrichter anzurufen, wird als ein sehr zweifelhafter Kunstgriff angesehen, da diese Persönlichkeit ein Beamter und noch dazu ein der Reparationskommission untergeordneter Beamter ist, der kaum als Schiedsrichter fungieren könnte, da anzunehmen ist, daß er wahrscheinlich im Falle einer deutschen Nichterfüllung derjenige sein würde, der Deutschland der Kommission anzeigen müßte. Die amerikanischen Anhänger des Dawes-Planes werden, das ist zu befürchten, jene Abschnitte in der Note ungünstig aufnehmen, in denen Modifikationen des Dawes-Planes angekündigt werden, insbesondere die Schaffung einer besonderen neuen Körperschaft, die die Verwendung der deutschen Gelder vornehmen soll. Diese Körperschaft müßte in Konflikt geraten mit den Befugnissen des Transfer-komitees.

Ein weit ernsterer Mangel ist sowohl vom amerikanischen als vom englischen Standpunkt darin zu suchen, daß die Note jeden Hinweis darauf vermissen läßt, wann und wie Deutschland mit den Maßnahmen in Verbindung gebracht werden solle, die die Konferenz für die Anwendung des Dawes-Berichtes ausarbeiten wird. Aus dem Schweigen der Note in diesem Punkte haben einige französische Blätter gefolgert, daß die deutsche Regierung überhaupt nicht aufgefordert werden soll, mit der Konferenz zu verhandeln. Es wird aber versichert, daß dieses Schweigen nicht in diesem Sinne aufgefaßt werden darf, sondern daß diese Frage vollständig der Konferenz überlassen wird, bei der ein amerikanischer Vertreter anwesend sein wird.

Ein anderer Punkt, der aufgeklärt werden muß, ist die vorgeschlagene „Beratung" unter den Regierungen, um im Falle einer böswilligen Nichterfüllung die vereinbarten Sanktionen anzuwenden. Bedeutet diese Bestimmung, daß Sanktionen nur angewendet werden können auf Grund einer allgemeinen Zustimmung, oder ist jede einzelne alliierte Macht, die nicht zufrieden ist, mit der Haltung aller Alliierten, immer noch auf Grund der französischen Interpretation des § 18 in der Lage, eine eigene Aktion zu unternehmen? Dieser Punkt muß natürlich von der Konferenz behandelt werden.

Die „Times" schreiben, die Anregung, die in dem englischen Vorschlag enthalten sei, daß die wirtschaftliche Einheit Deutschlands binnen zwei Wochen nach der Anwendung des Dawes-Planes von deutscher Seite hergestellt werden müsse, müsse man jetzt ausschalten. Die wichtige Frage des ungefähren Datums der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes ist vorläufig unbestimmt geblieben. Die Konferenz kann möglicherweise dieses Datum rasch festsetzen. Hier ist eine Hoffnung, die man unter Einsatz aller Kräfte versuchen muß zu verwirklichen.

Der „Daily Expreß" setzt sich mit Poincarés Forderung auseinander, daß Deutschland in keiner Weise an den Verhandlungen über das Protokoll zur Anwendung des Dawes-Berichtes beteiligt sein dürfe. Das Blatt schreibt darüber: „Poincaré hat sein altes Ziel des Tierbändigens wieder aufgenommen. Er ist und bleibt der Champion Cowboy der europäischen Politik. Poincaré wünscht die Konferenz, die am nächsten Mittwoch stattfinden soll, zu zertrümmern. Nachdem seine letzten Intrigen fehlgeschlagen sind, hat er sich die Parole zu eigen gemacht, die Deutschen dürften nicht eingeladen werden. Im Senat hat er gestern den Ausschluß unserer ehemaligen Feinde gefordert und daß sie nicht eingeladen werden sollen, nach London zu kommen, wo sie nur versuchen werden, Einwendungen gegen die Ausführung des Dawes-Berichtes zu machen. Poincarés großer Einfluß im Auswärtigen Amt und seine Wahlniederlage waren nicht entscheidend genug, um ihm das Schweigen aufzuerlegen. Aber zugleich ist nicht anzunehmen, daß sein „Schließt die Deutschen aus" Kraft genommen werden dürfte." Und das Blatt schließt mit der Wendung: „Darf jemand dem Bruchbrecher den Zutritt zu einem Prozeß verwehrn, darf jemand, der im Konkurse steht, von seinem Konkursverfahren ausgeschlossen werden?"

Der offizielle Beginn der Konferenz.

London, 11. Juli. (W. T. B.)

Den Blättern zufolge ist die Eröffnung der interalliierten Konferenz für Mittwoch vormittag 11 Uhr im Foreign Office festgesetzt worden. Die Stärke der einzelnen Delegationen sei der britischen Regierung noch nicht mitgeteilt worden. Es werde jedoch erwartet, daß insgesamt etwa 150 Regierungsvertreter der beteiligten Nationen anwesend sein werden.

Die Konferenz der Kleinen Entente.

Von
Lamprecht Sandner,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Prag**, 9. Juli.

Diesmal ist es die tschechoslowakische Hauptstadt, in der die Außenminister der Kleinen Entente zu der, wie üblich, in jedem neuen Halbjahr stattfindenden gemeinsamen Beratung zusammentreten. Die Konferenz der Herren Benesch, Ninčić und Duca füllt in eine Zeit, die nicht gerade günstig wäre für einen etwa vorhandenen Ehrgeiz, die europäische Aufmerksamkeit auf diese Zusammenkunft zu lenken. Denn sie steht unter dem mächtigen Schatten der Londoner Konferenz, die unmittelbar nach dem Abschluß der Prager Beratung abgehalten werden soll. Aber die Staatsmänner der Kleinen Entente gehen auch nicht darauf aus, mit ihrer Versammlung irgendwelches Aufsehen zu erregen. Es ist zur Tradition dieser Semestralsitzungen geworden, daß die Oeffentlichkeit im vorhinein davor gewarnt zu werden pflegt, von den Konferenzen der Kleinen Entente sensationelle Ergebnisse zu erwarten. Nicht nur Bescheidenheit ist es, die die Minister der Tschechoslowakei, Südslawiens und Rumäniens jedesmal zu dieser vorbeugenden Mitteilung an das Publikum veranlaßt. Sie sind im Laufe der Zeit zu der Erkenntnis gelangt, daß der Dreibund der Kleinstaaten weder kraft seines internationalen Schwergewichts, noch zufolge der inneren Intensität des Bündnisses Anspruch darauf erheben darf, in der Weltpolitik eine entscheidende Rolle zu spielen. Sie haben außerdem die Erfahrung machen müssen, daß in den Fällen, wo die Konferenzen der Kleinen Entente wirklich den Stoff für sensationelle Nachrichten lieferten, dies nicht allen ihren Mitgliedern angenehm war. Man erinnere sich an die letzte, vor einem halben Jahre in Belgrad abgehaltene Zusammenkunft, die das Interesse der Oeffentlichkeit nicht durch ihr eigentliches Programm erregte, sondern durch ein Ereignis, das außerhalb ihrer Tagesordnung lag: Die Bekanntwerden des italienisch-südslawischen Vertrages, der so gar nichts mit den Zielen der Kleinen Entente zu tun hatte. Der tschechoslowakische Außenminister war damals genötigt, den Eindruck zu verwischen, als wäre er durch diesen Pakt überrascht worden, und die Eile, mit der er bald danach seinerseits einen Vertrag mit Italien schloß, entsprang dem Bedürfnis, die Auffassung zu korrigieren, als hätte Südslawien den Bundesgenossen vor eine unerwünschte fertige Tatsache gestellt.

Schon dieser Rückblick auf das wichtigste diplomatische Ereignis, das der führende Staat innerhalb der Kleinen Entente, die Tschechoslowakei, in dem zwischen den beiden Konferenzen verstrichenen Halbjahre zu verzeichnen hatte, gibt einen bemerkenswerten Aufschluß über das Wesen der Kleinen Entente. Sie bindet ihre Teilnehmer nicht so fest aneinander, daß nicht jedem einzelnen von ihnen die Anknüpfung an einen außerhalb des Bundes stehenden Staat möglich wäre. Ueberhaupt ist es für den Betrachter, der die Sonderbündnisse nicht für das geeignetste Mittel hält, den europäischen Frieden zu wahren, ein tröstlicher Gedanke, daß diese Bündnisse nicht von dem Pathos einer zur Selbstaufopferung für den anderen verpflichteten Brüderlichkeit getragen sind. Doktor Benesch wenigstens versäumt es nie, zu betonen, daß die Solidarität der Kleinen Entente sich nur auf die Fragen erstreckt, welche alle drei Staaten gemeinsam interessieren. Im übrigen wird jedem von ihnen das Recht des freien Entschlusses gewahrt. Seit dem Weltkriege, der manchen Staat für Interessen eingespannt hat, die nicht seine waren, sind die Völkermißtrauisch geworden gegen Allianzen, die dazu führen könnten, daß die Bürger eines Landes gegebenenfalls für fremde Zwecke bluten müssen. Diese Erwägung gibt wohl im vorhinein den Schlüssel für das Verhalten der Tschechoslowakei und Jugoslawiens gegenüber der Sorge, die den dritten Teilnehmer, Rumänien, am schwersten drückt: der Bessarabischen. Die beiden Staaten, deren Bevölkerung schon aus Gründen völkischer Verwandtschaft zu Rußland ganz anders steht als die rumänische, dürfte für energische defensive Absichten Rumäniens und schon gar für offensive nicht zu gewinnen sein. Die Beziehungen zu Rußland, deren Erörterung auf dem Konferenzprogramm steht, werden zweifellos unter diesem Gesichtswinkel besprochen werden, und der Hinweis auf die restlose Anerkennung, die dem Sowjetreich in der Zwischenzeit von seiten Englands und Frankreichs zuteil geworden ist, wird dabei eine Rolle spielen.

Natürlich wird neben den spezifisch mitteleuropäischen und den dem engsten Interessenbereich der Kleinen Entente zugehörigen österreichischen und ungarischen Sanierungsangelegenheiten, das Hauptproblem der europäischen Politik, der große deutsche Fragenkomplex, seinen Anspruch auf das Interesse auch dieser Konferenz geltend machen. Gerade in diesem Halbjahr hat sich das Gesicht Westeuropas gründlich verändert. Nicht mehr Poincaré herrscht in Frankreich, sondern Herriot. Hatte der tschechisch-französische Vertrag Benesch den Vorwurf eingebracht, daß er sich mit dem reaktionärsten und militaristischsten Regime verbunden habe, so

Dawes-Debatte in der belgischen Kammer.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

c **Paris**, 11. Juli.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat die belgische Kammer gestern nachmittag bei der Besprechung des Budgets der auswärtigen Angelegenheiten Herrn Hymans über die Verhandlungen betreffend den Sachverständigenbericht gehört. Der Sachverständigenplan, erklärte Hymans, hat uns nicht all das gegeben, was wir von ihm erhofften, auch nicht alles, was wir von ihm erhoffen durften. Aber man muß die ungeheuren Schwierigkeiten in Rechnung stellen, die im Wege standen. Der Sachverständigenbericht ist außerdem in Zusammenarbeit mit Amerika geschaffen worden, und dies gibt ihm das Prestige der Unparteilichkeit. Aus unsern Unterhaltungen mit den alliierten Ministern, so fuhr Herr Hymans fort, geht hervor, daß England sich verpflichten würde, sich an der Seite der anderen Mächte zu halten, um gemeinsam die nötigen Maßnahmen zu beschließen und gemeinsam zu handeln. Man muß zu einem Ziel gelangen, rief Hymans aus, denn man muß sich fragen, was aus Europa werden würde, wenn man nicht endlich zu einem Ziele gelangte. Hymans wandte sich dann der Sicherungsfrage zu. Zunächst müsse man die Ausführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages sichern, der die Abrüstung Deutschlands verlangt. Umfangreiche Organisationen in Deutschland treffen militärische Vorbereitungen. Es gibt sicherlich auch ein demokratisches Deutschland, aber es ist in der Minderheit. Es hat jedoch keinen Wert, die öffentliche Meinung zu alarmieren. Wir müssen unser möglichstes tun, um den Einfluß des Völkerbundes zu heben. Der Völkerbund ist jung, aber er besitzt bereits großen moralischen Einfluß. Der Völkerbundpakt ist nicht das Statut einer philanthropischen Gesellschaft. Man hat gesagt, daß der Völkerbund aus alten, menschenfreundlichen Herren bestehe; aber die Herren in Genf sind bevollmächtigte, die von ihren Regierungen Instruktionen erhalten. Hymans antwortete schließlich auf eine Anfrage, daß niemals die Rede davon gewesen sei, ein Völkerbundsheer zu schaffen.